



Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Freiwilligendienstleistende in ihrer Mobilität besser finanziell unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene für eine bessere finanzielle Unterstützung von Freiwilligendienstleistenden zur Verbesserung ihrer Mobilität einzusetzen, um vom Wohnort zur Einsatzstelle zu gelangen.
2. Der Landtag begrüßt den Vorstoß der Bundesregierung aus dem Dezember 2018, die finanziellen Rahmenbedingungen der Freiwilligendienste durch eine geplante dynamisierte Anhebung des Freiwilligengeldes und die Einführung eines Fahrtkostenzuschusses zu verbessern, da so mehr finanzielle Mittel für eine angemessene Mobilität der Freiwilligendienstleistenden vorhanden wären.
3. Die Landesregierung wird gebeten, mit den Kommunen und den Verkehrsverbänden im Land ins Gespräch zu kommen und dabei für Sondertarife für Teilnehmende an den Freiwilligendiensten zu werben. Es ist dabei zu eruieren, inwieweit bestehende vergleichbare Angebote, wie etwa die Praktikumskarte in Halle, übertragbar sind für den Bereich der Freiwilligendienste.
4. Die Landesregierung wird gebeten, in den jeweils zuständigen Ausschüssen über die Nutzung und Finanzierung des FSJ, des FÖJ, des FSJ Schule und des FSJ-Digital zu berichten. Insbesondere die landesseitige geplante Finanzierung der Freiwilligendienste nach Auslaufen der aktuellen ESF-Förderperiode ist dabei zu erläutern.

Begründung

Freiwilligendienste helfen jungen Menschen, sich vor dem Einstieg ins Berufsleben oder Studium zu orientieren und in vielen Bereichen - etwa Bildung, Pflege und Integration - zum Wohle unserer Gesellschaft tätig zu werden. Aktuell erhalten die Teilnehmer des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), des Freiwilligen Ökologischen

(Ausgegeben am 13.06.2019)

Jahres (FÖJ) und des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) eine Aufwandsentschädigung, bzw. ein sogenanntes Taschengeld, wobei die Höhe von Träger zu Träger aufgrund unterschiedlicher Finanzierungsmodelle variiert.

Ein erheblicher Teil der jungen engagierten Menschen muss von diesem Geld seinen Lebensunterhalt bestreiten, wobei neben Miete und anderen Kostenfaktoren auch die Mobilität gewährleistet sein muss. Viele Freiwilligendienstleistende sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen, weil sie kein eigenes Kraftfahrzeug besitzen. Dabei können für Bus und Bahn im Monat durchaus mehr als 100 Euro anfallen. So kostet beispielsweise eine Monatskarte im Jahresabonnement mit Ermäßigung von Oschersleben nach Magdeburg 125,61 Euro und von Haldensleben nach Magdeburg 101,30 Euro (Stand: Januar 2019). Selbst innerhalb der Städte, in denen viele Einsatzstellen liegen, fallen für Monatskarten größere Summen an: In Magdeburg kostet ein ermäßigtes Monatsticket 42,60 Euro und in Halle 51,70 Euro (Stand: Januar 2019). Das bedeutet, dass ein erheblicher Anteil des Geldes, das Freiwilligendienstleistende für ihr bürgerschaftliches Engagement erhalten, ausgegeben werden muss, um überhaupt zur Einsatzstelle zu gelangen.

Es ist daher geboten, politisch auf eine Verbesserung der Situation von Freiwilligendienstleistenden hinzuwirken und die aktuellen Entwicklungen in diese Richtung zu verstärken. Der Landtag von Sachsen-Anhalt steht in der Verantwortung, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an diesem Prozess zu beteiligen.

Langfristig muss eine Stärkung der Attraktivität der Freiwilligendienste angestrebt werden, da diese einen wichtigen Teil des bürgerschaftlichen Engagements ausmachen. Die Verbesserung der Mobilität durch eine größere finanzielle Unterstützung ist dabei ein wichtiger Teilschritt.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN